



Mitgliederrundbrief 121

Juli 2021

Liebe Mitglieder.

Liebe Kommunalpolitiker*innen,

Mit diesem Sommernewsletter sende ich euch das Protokoll des Vernetzungstreffen. Herzlichen Dank an Janosch Raßmann, der sehr ausführlich die Diskussion aufgenommen hat.

Die Anlagen findet ihr in der Wolke. Wer keinen Zugriff hat, kann sie bei uns in der Geschäftsstelle anfordern.

Außerdem gibt es eine kleine Antragsammlung, die aus der Arbeitsgruppe nach dem Kommunaltag entstanden ist.

Herzlichen Dank dafür an Anna Emmendorfer.

Allen einen guten Wahlkampf.

Schöne Grüße

Ansgar Gusy

Inhaltsverzeichnis

Protokoll Vernetzungstreffen	2
Statistisches Regionen-Ranking	12
„Pflege vor Ort gestalten“ – Anregungen für Kommunen in Brandenburg	13
Kommunaltag 2021- „Kommunalpolitik und Bundestagswahl“ Ergebnisse	14

Vernetzungstreffen der Landtagsfraktion mit der GBK am 30.04.2021

Für die Landtagsfraktion anwesend: Benjamin Raschke, Petra Budke, Heiner Klemp, Marie Schäffer, Clemens Rostock, Thomas von Gizycki, Sahra Damus.; Mitarbeiter*innen: Thomas Birk, Liz Becker, Janosch Raßmann (Protokoll). Weiterhin nehmen für die GBK Frauke Havekost und Ansgar Gusy und etwa 30 weitere grüne Kommunalvertreter*innen teil.

Begrüßung und Aktuelles

Die Fraktionsvorsitzenden Petra Budke und Benjamin Raschke begrüßen im Namen der Fraktion.

Heiner begrüßt als Sprecher des GBK-Vorstands und kommunalpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion. Petra, Benjamin und Heiner verweisen einleitend auf aktuelle Themen, darunter auf den jüngst erzielten großen Erfolg der Volksinitiative Verkehrswende, der auch immer wieder aufs Messers Schneide stand und in Verhandlungen hart erkämpft worden ist. Das kürzlich ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Klimapolitik hilft in der Argumentation auf allen Ebenen: Wenn bspw. heute ein Gebäude errichtet wird muss darstellbar sein, wie dieses Gebäude 2050 Klimaneutralität erreicht. Petra freut sich über die nun endlich anstehende Wiedereröffnung der Schulen und verleiht ihrer Hoffnung Ausdruck, dass diese nicht vornehmlich für Prüfungsabnahmen genutzt werden wird.

Bildung und Schule in der Pandemie

Petra verweist darauf, dass jetzt die neue Bundesverordnung den Rahmen für Kitas und Schulen setzt. Bei einem Inzidenzwert von 165 werden Kitas und Schulen schließen. In Brandenburg ist das zum jetzigen Zeitpunkt in wenigen Landkreisen der Fall.

Kitas sollen nicht wieder in die Notbetreuung gehen, sondern das Infektionsrisiko durch Appelle an Eltern, Kinder nach ihren jeweiligen Möglichkeiten daheim zu betreuen, senken.

In Kitas besteht eine Pflicht für Tests der Erzieher*innen, nicht der Kinder. In Schulen wird der Testpflicht zu Hause nachgekommen, das war ein langer Prozess mit vielen Abstimmungsrunden auch mit dem Landeselternrat, dem Pädagogenverband, dem Philologenverband, Lehrkräften an den Oberstufenzentren, der GEW und weiteren Akteur*innen. Zusätzlich gibt es in Schulen ein Testangebot für die Einzelfälle, wo es daheim nicht funktioniert.

Ab Montag Wechselunterricht der weiterführenden Schulen. Im Wechselunterricht kann kein vollständig digitales Programm für daheim bereitgestellt werden.

M. verweist darauf, dass die Schulöffnungsstrategie auf Testungen basiert. In den Landkreisen sind die Inzidenzen sehr unterschiedlich. Welche Möglichkeiten gibt es, das Vorgehen der Landkreise insb. hinsichtlich von Tests zu kontrollieren?

J. : Die Kanzlerin sagt, die Öffnung der Schulen habe für sie Priorität. Lehrer*innen an weiterführenden Schulen sind aber lediglich in der Impfprioritätsgruppe 3. Das passt nicht zusammen. Hätte die Landespolitik Einfluss nehmen können? Oder waren dem Land die Hände gebunden?

Petra: Das Land hat früh Einfluss genommen, unter anderem im Sinne einer Priorisierung von Lehrer*innen an Primarschulen. Grundsätzlich hat aber die StiKo die Reihenfolge festgelegt. Es gab viele Begehrlichkeiten, die Reihenfolge zu ändern. Wir haben uns deshalb dafür entschieden, nicht alles umwerfen zu wollen, sondern vertrauen der StiKo in ihrer Entscheidung. Bei der nächsten Stufe werden die Lehrkräfte, die ja ab Montag wieder in den Unterricht gehen, prioritär berücksichtigt.

Wir haben keine Rückmeldungen darüber, wie das Impfen dann tatsächlich stattgefunden hat. 95 % der Lehrkräfte an den Grundschulen haben sich aber ihre Arbeitgeberbescheinigungen abgeholt, die bei einer Impfung nach Priorität vorgelegt werden muss. Das wird als gutes Indiz für eine hohe Impfquote gewertet. Die Selbsttests fließen nicht in die Statistik ein, sondern erst die PCR-Tests.

Für E. ist die sozial-emotionale Komponente an Schulen jetzt wichtig. Nicht nur das Nachholen von Bildungsinhalten, sondern auch die Aufarbeitung von Distanzsituationen müsse eine Rolle spielen. Erdmute ist Vorsitzende im Unterausschuss Jugendhilfeplanung. Freie Träger verweisen vermehrt darauf, dass sie die Nachfrage kaum noch bedienen können. Insbesondere bei der Schulsozialarbeit in den Kommunen wäre ein unterstützendes Landesprogramm wünschenswert.

H. : Frage zur Teststrategie. Gibt es Zahlen zu Eltern, die nicht testen und nicht in die Präsenz wollen. Stimmt zu zur Bedeutung von Sozialarbeit: Lokal ist es jetzt gelungen, aus eigener Kraft eine zusätzliche halbe Stelle aufzusatteln.

M. stellt Fragen zu Zensuren und bittet darum, das Schreiben des MBS zur Kenntnis zu bekommen. Die Tests sollen in der Schule eigetragen werden, dort müsste es Übersichten geben, die man auswerten könnte. Sie verweist auf verbrauchte Krankentage von Eltern, da Kita-Kinder mit leichten Symptomen sofort nach Hause geschickt werden.

Petra berichtet zur Sozialarbeit: Es wird Unterstützung vom Bund in Milliardenhöhe für die Länder geben. Es ist jetzt in der Diskussion, was an den Schulen sinnvoll gemacht werden kann. Ein Punkt sind zusätzliche pädagogische Angebote sowohl für Freizeit als auch für Bildung. Auf sämtliche zur Verfügung stehenden Kapazitäten soll zugegriffen werden, bspw. private Nachhilfeeinstitute, auch Studis in 450 EUR-Jobs an Schulen. Auch diejenigen aus dem Kulturbereich, die jetzt keine Engagements haben, könnten einbezogen

werden. Finanzielle Deckung erfolgt z.T. aus Bundesmitteln, aber ggf. auch aus dem Corona-Rettungsfonds des Landes. Zusätzlich wird auch in die Schulsozialarbeit investiert. 400 Stellen multiprofessionelle Teams sind geplant, möglicherweise gelingt hier ein früherer Start. Für all das braucht es die Unterstützung des Finanzministeriums. Petra hofft, dass hier viel erreicht werden kann.

Die Fraktion wird zu weiteren Daten zu Tests recherchieren.

Das Schreiben der Ministerin an die Lehrkräfte ist auch der Fraktion noch nicht bekannt.

Heiner Klemp berichtet zur geplanten Reform der Kommunalverfassung

Zunächst steht eine Kleine Novelle an, die an das Auslaufen der Corona-Notlageverordnung anschließt. Im Laufe der Legislaturperiode wird noch eine umfassendere Novelle beraten werden.

Ein Gesetzentwurf der Landesregierung für die kleine Novelle liegt vor, der bislang nicht zufriedenstellt. Am 5. Mai findet dazu eine Anhörung im AIK statt.

- Sitzungsformate wie Hybridsitzungen werden nach ihrer „Erprobung“ als Corona-Notlösung nun in Dauerrecht überführt.
- Die GVV kann Notlagen künftig selbst feststellen. Details zu Quoren etc. werden noch verhandelt.
- Bürgerbegehren sollen erleichtert werden: die Zulässigkeitsprüfung des Bürgerbegehrens erfolgt dann nicht mehr erst dann, wenn alle Unterschriften gesammelt sind.
- Unstrittig ist, verpflichtende Ortsteilbudgets einzuführen. Das ist auch ein Punkt aus der Enquete-Kommission Ländliche Räume. Das Budget wird seiner Höhe nach von der GVV bestimmt, womit deren Budgetrecht und die kommunale Selbstverwaltung gewahrt werden.
- Im GE der LReg war die technische Möglichkeit enthalten, Gemeinden aus sich auflösenden Ämtern größeren Gemeinden zur Mitverwaltung zuzuordnen. Das hat zu vielen Missverständnissen geführt und wird daher gestrichen.
- Sitzungsgelder für sachkundige Einwohner werden wieder möglich

Ralf verweist auf mangelnden Durchgriff, wenn Hauptverwaltungsbeamte Beschlüsse der GVV nicht umsetzen. Die Möglichkeiten, sich ans Land zu wenden, sind sehr eingeschränkt. Heiner bejaht, das Problem bestehe seit langem und kann womöglich in der Großen Novelle der BbgKVerf angegangen werden. Durch die Legitimation des HVB aus der Direktwahl wird das aber keine einfache Debatte.

Andreas verweist auf im Kreistag SPN ausgefallene Sitzungen des Braunkohleausschusses, weil „alle nicht zwingend erforderlichen Sitzungen“ ausfallen mussten. Das sei ärgerlich. Wie wird das künftig geregelt? Er regt zur Frage von digitalen und hybriden Sitzungsformaten eine Handreichung des Landes an und ggf. eine Unterstützung für Kommunen mit kleinen Haushalten.

Bärbel: OT-Budgets. Wir machen hier ganz andere Erfahrungen zu Entscheidungsrechten. Ein Dorf mit Denkmalbereichssatzung, FNP sagt alles bleibt wie es ist. Die GVV setzt uns in den denkmalgeschützten Ort

eine Tiefbaufirma rein. Die Kommunalaufsicht agiert lediglich als zahloser Tiger. Ist etwas Neues zur Stärkung der Ortsbeiräte geplant?

Hartmut, KV Elbe-Elster: Wir haben ein Pilotprojekt Verbandsgemeinde. Große Probleme bestehen bei der Finanzierung. Für zusätzliche Arbeiten ist kein zusätzliches Budget da. Befasst sich der Landtag damit? Steht eine Ausweitung des Projekts an?

Heiner: Zum Komplex Verbandsgemeinde wird Thomas im Rahmen der Kommunalfinanzen ausführen. Die Entscheidungsrechte der Ortsbeiräte werden nicht angefasst. Das wird in der großen Novelle zu diskutieren sein. Zu Andreas: Nach Minderheitenrechten muss die Sitzung auf Antrag stattfinden. Ja, eine Handreichung zu Videositzungen wäre sicher sinnvoll. Wir nehmen das mit für den StGB.

Thomas von Gyicki berichtet zu Kommunalfinanzen (Präsentation s. Anlage)

Das Gutachten zum Kommunalen Finanzausgleich kann hier abgerufen werden:

<https://mdfe.brandenburg.de/mdfe/de/themen/haushalt-und-finanzen/kommunalfinanzen/gutachten/>

Kommunen haben im Wesentlichen zwei Einnahmequellen: Einerseits Steuern. Die Gewerbesteuereinnahmen sind sehr unterschiedlich.

Die zweite Quelle sind Schlüsselzuweisungen nach einem komplizierten Verfahren. 22 % der Gesamtsteuereinnahmen des Landes werden an Kommunen verteilt. Aus diesem großem Topf wird Geld auf kleinere Töpfe verteilt.

Was dann noch übrig bleibt, wird an Städte und Gemeinden gegeben. Im Wesentlichen nach dem Kriterium Einwohner*innenvergütung. Aber auch ein kleiner Demografiefaktor wird berücksichtigt, nach der Einwohnerzahl der letzten fünf Jahre. Wenn eine Kommune stark schrumpft, hat sie also einen Puffer. Je kleiner die Gemeinde, desto weniger Geld erhält sie pro Kopf. Die Staffelung wurde von früher übernommen. Zusätzlich zum Einwohnereinsatz gibt es bei den Landkreisen noch einen Flächenansatz.

Das aktuelle Gutachten zum FAG schlägt vor, weniger stark zwischen großen und kleinen Gemeinden zu differenzieren. Das Gutachten wird in einem Beirat diskutiert. Die Hoffnung ist, dass sich dieser auf eine Empfehlung an den Landtag einigen wird.

Das Gutachten geht davon aus, dass die finanzielle Lage der Kommunen gut ist. Die Gesamtverschuldung wird abgebaut. Gewerbesteuersätze haben einen Spielraum nach oben. Geld an die Kommunen soll daher um 100 Mio. EUR zugunsten des Landes beschnitten werden.

Das Gutachten sieht keinen Sinn in der Honorierung von Verbandsgemeinden. Der Demografiefaktor zugunsten stark schrumpfender Gemeinden sei noch nicht ausreichend gewürdigt. Im Landtag wird es eine Anhörung zum Gutachten geben, auch zur Bewertung der Verbandsgemeinde.

Es wird sehr kontrovers werden, wenn Umschichtungen von 100 Mio. EUR zur Debatte stehen. Das MdFE wird angesichts der Corona-Lage hart verhandeln.

Aus unserer Perspektive wollen wir die Unterschiedlichkeit der Finanzausstattung stärker abfedern. Das Gutachten unterstützt uns also. Wesentlicher Verhandlungspunkt sind damit die 100 Mio. EUR.

Hartmut regt an, bei Verbandsgemeinden und Zusammenschlüssen kleiner Gemeinden Anreizsysteme stärker in den Blick zu nehmen, weil Verwaltungen dann effizienter werden.

Hans-Peter fragt, wie man das FAG-Gutachten einsehen kann und verweist auf gut situierte Gemeinden im berlinnahen Bereich, die aber auch massive Aufgaben wie Schulbau stemmen müssen.

Andreas verweist darauf, dass seine Gemeinde deutlich größer ist als Potsdam, aber nur 3500 Einwohner*innen habe. Zentrale Herausforderung sei damit der Unterhalt der Infrastruktur. Nun sollen also Kreise eine stärker flächenbezogene Zuweisung bekommen, gilt das auch für Gemeinden?

Thomas vG erläutert, dass es eine Anreizprämie bei Zusammenschlüssen bereits gibt. Die Verbandsgemeinde sollte dann auch von der höheren Einwohnerveredelung profitieren.

Weiterhin solle ein Zentrale-Orte-System gestärkt werden gegenüber einer Abflachung der Staffel, die einfach größere Kommunen besserstellt. Wer Funktionen erfüllt, soll dann dafür auch Mittel erhalten.

Den Flächenfaktor auf LK-Ebene gibt es bereits. Der LK Uckermark bekommt jetzt schon 1/3 mehr als ihm nach Einwohnerzahl zustehen würde. Das Gutachten sagt aus, es sollte noch mehr sein.

Clemens Rostock berichtet zur Landesbauordnung (Präsentation s. Anlage)

Stellplatzsatzung: § 49 widmet sich den notwendigen Stellplätzen für Fahrräder. Es ist möglich eine Stellplatzsatzung einzuführen.

Bauherren können sich von Stellplatzpflicht via Zahlung eines Geldbetrages befreien. Im Absatz (4) sind die ersten Änderungen enthalten. Die Gemeinde kann diese Mittel jetzt für Maßnahmen wie Fahrradverkehr und Ladeinfrastruktur und Carsharing verwenden.

Neuer Absatz (5): Eine Befreiung von der Stellplatzpflicht ist möglich, wenn nachgewiesen werden kann, dass die Plätze nicht benötigt werden. Belege können bspw. ein ÖPNV-Abo oder eine Behinderung sein.

§ 87 (4) zu örtlichen Stellplatzsatzungen. Man kann sich dieser Pflichten entledigen durch Mobilitätskonzepte und andere Maßnahmen wie Bereitstellung von Lastenfahrrädern. Autofreie Konzepte sind möglich. Häuser mit gutem ÖPNV-Anschluss sind anders zu bewerten als schlecht erschlossene. 1 Autostellplatz ist durch 4 Fahrradabstellplätze ersetzbar.

Clemens empfiehlt dazu einen Leitfaden aus NRW. (s. Anlage) Zukunftsnetz Mobilität zur Erstellung eines Leitfadens.

Andreas L.: Müssen vorhandene Stellplatzsatzungen angepasst werden oder gilt die neue Bauordnung automatisch?

Sabine: Was passiert, wenn der Platz nach drei Jahren doch benötigt wird?

CR: Durch Baulast müssen die Flächen für den Fall, dass sie später noch benötigt werden, gesichert werden. Intervalle der Prüfung sind im Ermessen der Bauaufsichtsbehörde.

Die meisten Neuerungen sind eingeräumte Spielräume, die vor Ort jetzt erst genutzt werden können und müssen, um wirksam zu werden.

Sabine Freund: Wir haben derzeit in der Stellplatzsatzung einen Stellplatz pro Wohneinheit. Das Ergebnis ist, dass Stehzeuge überall stehen, auf jedem Grünstreifen etc. Ordnungsamt kommt nicht hinterher. Wir sehen keine Chance, der Blechlawine Herr zu werden.

Tristan Hoffmann: Wann treten diese Sachen in Kraft? Ihn bewegt die Privilegierung von Bauvorhaben in der Nähe von S-Bahnhöfen.

CR: Die Bauordnung ist geändert, die Präsentation zeigt damit die aktuelle Rechtslage.

Die Erschließung durch den ÖPNV kann die Kommune in ihrer Stellplatzsatzung berücksichtigen. Das schlägt aber ohne Stellplatzsatzung nicht automatisch durch. Was sofort nutzbar ist, ist bspw. der Ersatz von Stellplätzen durch Fahrradstellplätze. Außerdem können Kommunen Einnahmen aus Ablasshandel sofort für die neuen Maßnahmen nutzen.

Ja, Stellplatzsatzung ist nur ein Werkzeug unter vielen. Man kann Bauherr*innen ansprechen, sodass sie von vornherein Wohnkonzepte anlegen mit Mobilitätsmanagementmaßnahmen.

Die Höhe der Ablöse ist durch die Stellplatzsatzung festzulegen.

Anliegen aus den Kommunen an die LTF und die anderen Kommunal*as

Jens Dörschel: Rathauskooperation Potsdam mit SPD und LINKE. LINKE ist sehr gespalten, die Hälfte der Fraktion stimmt immer gegen die Kooperation, diese Stimmen müssen dann bei anderen besorgt werden. SPD und GRÜNE sind dann staatstragende Mitte. Es ist vereinbart, dass in Potsdam keine neuen Gymnasien eingerichtet werden. OB will das aber trotzdem machen, hat Vorlage für mehrere neue Gyms eingebracht. Das müsse er nach Schulgesetz tun. Es soll eine Verpflichtung geben, das Schulangebot der Nachfrage entsprechend zu gestalten. Wir lehnen das weiter ab.

OB hätte nur eine Mehrheit, wenn er die AfD-Stimmen mit einplant. Das muss zu seinem Einlenken führen. Ist dann vom Land zu erwarten, dass das Schulamt den Potsdamer Schulentwicklungsplan korrigiert? Wer kann sich schlussendlich durchsetzen?

Petra kennt das Problem und teilt die Position der Grünen vor Ort. Einsatz für mehr gemeinsames Lernen. PB ist im Dialog mit dem Ministerium. Unklar, was das Land dann macht. Die Hoheit für den Schulentwicklungsplan liegt beim Kreis. Eine Ablehnung könnte nur nach gewichtigen Gründen erfolgen.

Lothar spricht an, dass PV-Anlagen nicht geregelt seien, aber in der Fläche immer mehr vordringen. Dazu brauche es Infos und Hilfen. Zweites Thema: Gewässerunterhalt: Auf Verordnungsebene ist festgelegt, wie das umgelegt wird. Die Regelung begünstigt die Landwirtschaft. Umgelegt wird auf Siedlungen und Straßen. Auch die Waldbesitzer müssen zahlen, obwohl doch die Wälder das Wasser speichern. Fällt nicht so auf, weil es auf Hektar umgelegt wird. Steigerung von 3 über 5 auf 10 EUR/Hektar.

Heiner verweist auf ein Positionspapier der Fraktion und des Ministeriums. Ansgar nennt bereits existierende Papiere aus der letzten Sitzung.

TvG zum Wasser: Lothar hat Recht. Das war eine harte Auseinandersetzung. Die Regelung jetzt ist besser als die alte. Die Siedlungen verursachen die meisten Kosten, weil dort bei Starkregen Sicherungsanlagen vorhanden sein müssen. Ich sehe nicht, dass wir da noch mehr erreichen als jetzt geschafft ist.

Susanne aus dem Kreistag Oberhavel: Gesucht wird eine Expertin, die Möglichkeiten aufzeigen kann, politische Anliegen in der Schulentwicklungsplanung unterzubringen. Der Kreis will vorher Tatsachen schaffen mittels kleiner Anträge Gymnasium hier und dort.

Ein Oberstufenzentrum mit Berufsschule für Soziales: Kreis hat jetzt entschieden, dass es nur noch einzügig laufen soll. Vor drei Jahren gab es aber die Bitte vom Land an die Kreise, diese mögen alle ausbilden, weil die Leute damit einen höheren Schulabschluss erreichen und die Chance haben, Altenpfleger*in oder Erzieher*in zu werden.

Erdmute: Aufregung durch Tesla. Den Radverkehr hat die Kreisverwaltung aber auch auf dem Schirm. Wir brauchen voraussichtlich Landesmittel. Erkner nennt sich jetzt Gerhart-Hauptmann-Stadt und bekommt Bundesmittel. Wer hat ähnliche Erfahrungen gemacht und steht für einen Austausch bereit? Weiteres Projekt: Bau eines Schulzentrums, Kooperationsprojekt zwischen Stadt und Kreis. Grundschule und Oberschule. Wer kann Best-Practice-Beispiele aufzeigen?

Birgit: Auszeichnung Europaurkunde. Schreiben der Landrätin mit der Bitte, Vorschläge einzureichen.

Dank Clemens erfahren, dass das Ministerium zu möglichen Reaktivierungen von Bahnstrecken angefragt hatte in den Kreisen. Die Rückmeldungen des Landkreises waren merkwürdig.

Nele aus Templin: Thema Bahn: Neue Lösung für bessere Anbindung Templins. Zwei Anträge zum Radverkehr durchbekommen: Radverkehrskonzept jetzt mit Förderung. Radwegekonzept schon verabschiedet.

Bärbel: Seit einiger Zeit Themenabende via Video. Dadurch viel Zulauf von Personen, die sonst nicht gekommen wären. Queere Themen werden hier offenbar vernachlässigt, wir kämpfen dafür, dass das breiter gestreut wird. Schottergärten: Es ist schwierig, in den kleinen Gemeinden das Thema überhaupt auf die Agenda zu setzen wenn es an die Ausweisung neuer Baugebiete geht. Stehen im Kontakt zum BUND und bauen ein Netzwerk auf.

Deponien sprießen wie Pilze aus dem Boden. Gibt es da eine Landesplanung oder macht das jede Kommune/Kreis für sich. Zahlreiche BIs sind ungehalten, da auf Landesebene wenig passiert.

Kreiskrankenhaus: Anbindung an die Kinderstation. Verbindung Landes- und Bundesfinanzierung muss genauer betrachtet werden. Platzen tlw. aus allen Nähten. Eltern können kranke Kinder nicht begleiten. Mitarbeiter*innen wurden in ihren Diensträumen zugunsten von Kinderbetten zusammengeschoben. Wir wünschen uns ViKo mit der LTF, um das gemeinsam zu betrachten mit Fokus auf Investitionen zu diskutieren.

Andreas Stahlberg, SPN: Landrat musste Neuregelung zum Rettungsdienst treffen, wollte europaweit ausschreiben. Seit letzter Ausschreibung wird die Aufgabe von einem privaten Anbieter ausgefüllt, nach anfänglichem Hakeln funktioniert das einigermaßen. Ein Antrag zur Rekommunalisierung wurde entgegen dem Wunsch des Landrats durchgesetzt.

Corona beschäftigt ihn als Ausschussvorsitzenden: Er will Präsenzsitzungen derzeit vermeiden. Heiner hat hierzu jüngst eine Mündliche Anfrage gestellt (s. Anhang) und auch die Reform der Kommunalverfassung wird Änderungen bringen.

Eine Anfrage an Landrat ergab, dass Kommunen selbst für Homeofficeregelungen zuständig sind.

Hans-Peter: wir sind im S5-Bereich. Sind mit dem Wasserverband Strausberg-Erkner im Dissens zu Tesla. Da wäre eine Handreichung oder ähnliches aus der Fraktion gefragt.

ÖPNV als Problematik: nur 20-Minuten-Takt. Bitte um Handreichung aus der Fraktion.

Stichwort Schulentwicklungsplan: Vergleich von LOS, MOL und BAR angestellt. BAR ist sehr ausführlich, LOS weniger Seiten, MOL nur eine Hand voll. Umso weniger festgelegt ist, umso mehr kann die Kreisverwaltung schalten und walten. Da müsste man von Seiten des Landes eine Einordnung treffen. Große Differenz über die Landkreise hinweg kann zu Problemen führen.

Antje, Havelland: Unser Antrag zu nachhaltigem Wassermanagement ist beschlossen worden. Auch zum Radverkehr ist unser Antrag durchgekommen. Die Anträge auf Fördergelder durch die Verwaltung, um Mittel einzuwerben, sind nicht gestellt worden. Es sollen jetzt Experten zusammengeholt werden, um das Wassermanagements auch gut umzusetzen. Im Westen des LK große Flächen mit wenig Einwohnern. LK soll Etat aufstellen, um diese Gemeinden bei investiven Maßnahmen zu unterstützen.

Große Sorgen zur Fällung von Straßen und Alleebäumen, B273 Fällung von Habitatbäumen. Strafanzeige vom NABU.

Bitte aus der Runde an Antje, den Antrag zum Radverkehr zur Verfügung zu stellen.

Petra nimmt Anregungen zu Schulentwicklungsplänen mit und die LTF prüft, ob Experten vermittelt werden können.

Heiner: Birgit hat die Europaurkunden angesprochen. Er bittet sie, diese nochmal zur Verfügung zu stellen.

Benjamin: Es sollte eine Strategie zu Deponien geben. Landesabfallwirtschaftsplan. Das Ministerium ist dazu bereits aktiv. Sie sollen nicht mehr wild sprießen können. Stattdessen soll ein Vollzug nach strategischer Umweltprüfung stehen.

Mit dem Ministerium sind auch Anfragen zu Tierschutz bei Transporten und Grundwasserschutz bei Tierhaltungsanlagen in Abstimmung.

Lothar: Wir haben einen neuen Bauleitfaden angestoßen. Ein sächsisches Büro ist mit Beratung und Begutachtung beauftragt worden. Wird 150 Seiten haben mit Beispielen und Mustern für Bürger*innen und das Amt. Stallumnutzungen erleichtern. Bauen im zweiten Raum, aber auch Verdichtungsraum Berlin.

Beispiel Berlin zeigt, wie gut Sekundarschulen gegenüber Gymnasien angenommen werden. Wir haben mit dem Schulamt sehr gerungen, eine GOST bei einer Realschule anzudocken.

Kreisstrukturfonds: dient dazu, schwachen Gemeinden auszuhelfen. Dort ist jetzt ein Radwegfonds mit drin. Ist auch deshalb wichtig, weil kleine mittellose Gemeinden die Wege ja mitbetreuen müssen.

Elke Seidel, PM: drittstärkste Fraktion, aber mit CDU, SPD und LINKE und BVB starke Konkurrenz. Bei letzter Kreistagssitzung mit einer staatlichen Gesamtschule gescheitert. Dafür aus dem Schulentwicklungsplan nicht die Bildungsstufe aus dem Kreis, sondern von einem privaten Träger.

Interessant vom rekommunalisierten Rettungsdienst zu hören. 2018 haben wir eine entsprechende Abstimmung knapp verloren. 2024 wird das erneut zu entscheiden sein.

Der Wahlkampf ist im Kreistag bereits ausgebrochen. Die Frage an die MdL wäre, welche Gesetzesänderungen nach der Wahl sehr schnell erfolgen und in den Kreisen umgesetzt werden können.

Ansgar: BGS hat eine Kommunikationsstelle zu den Kommunalpolitiker*innen eingerichtet. Es gibt Arguhilfe und ähnliches. Ihr bekommt Zugriff auf den Ordner. Ich hoffe, dass dieser Kanal auch nach der BTW offen bleibt.

Uwe Fröhlich: Cottbus ist sicherer Hafen geworden. Potsdam hat das Bündnis gegründet. Je mehr wir werden, desto besser.

Corona hat Auswirkungen v.a. auf Kinder, Jugendliche und ältere Menschen. Ein Antrag zu psychosozialen Folgen ist in Arbeit. Wir stellen eine große Anfrageflut fest. Viel zu wenig Beratungsangebote sind vorhanden. Probleme und Gewalt in Familien. Antrag zur Prüfung, wie das verbessert werden kann. Bitte um Prüfung durch die Landtagsfraktion, ob das Land seine Angebotspalette noch erweitern kann. Vielleicht mal eine Extra-Sitzung zu dem Thema, da kommt noch einiges auf uns zu.

Heike Volkmer regt an, anlässlich der nun zwei Jahren zurückliegenden Kommunalwahl aufzuzeigen, wo grün wirkt und welchen Unterschied wir machen.

Petra: Corona wird zahlreiche und weitreichende mittel- und langfristige Folgen zeitigen. Im Jugendbereich kommen die aufgezeigten Mittel vom Bund. Es sollen Jugendfreizeiten, aber auch im direkten Kontext von Schulen Angebote dargestellt werden. Der Bedarf ist unstrittig.

Sahra: Umfrage bei den elf **Sparkassen** im Land und unseren Vertretungen in den Aufsichtsräten. Wir haben hier Handlungsmöglichkeiten wie Klimaschutz beim Bauen. Prämiensparverträgen. Die Vernetzung dazu

findet jetzt statt. Musteranfrage in den Kreistagen und SVVen der kreisfreien Städte ist in Arbeit.

Transparenz der Sparkassen lässt zu wünschen übrig. Gehaltsveröffentlichung der Vorstände findet offenbar nirgends statt.

Liz Becker, Thomas Birk, Janosch Raßmann, stellen sich kurz als Mitarbeiter*innen der Landtagsfraktion vor.

Petra bedankt sich abschließend für den guten Austausch. Es ist gut und hilfreich zu hören, womit sich die Fraktionen beschäftigen. Die Landtagsfraktion hat eine Reihe von Anregungen und Aufgaben mitgenommen. Es ist wichtig für uns zu hören, wie für euch vor Ort die Situation ist.

Anlagen

Folgende Anlagen können in der Wolke heruntergeladen werden

- Die von Thomas gezeigten Präsentationen zum FAG-Gutachten
- Die Präsentation von Clemens zur Landesbauordnung und Stellplatzsatzung (.pptx mit Notizen und .pdf)
- die Antwort der Landesregierung zu einer Kleinen Anfrage von Heiner angehängt, betreffend die Ausübung des Hausrechts von Vorsitzenden hinsichtlich Hygienemaßnahmen.
- Die Präsentation des Städte- und Gemeindebundes zum finanzpol. Fragen

<https://wolke.netzbegrueung.de/s/YrapdGYnzCaMC7N>

Wer keinen Zugriff auf die Wolke hat, kann die Dateien in der Geschäftsstelle anfordern.

Statistisches Regionen-Ranking

Wo ist in Deutschland die Bevölkerungsdichte am niedrigsten (Landkreis Prignitz 36 Einw./km²) und wo am höchsten (München 4 777 Einw./km²)? Diesen und andere Vergleiche zwischen allen Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschlands ermöglicht die Anwendung Stadt.Land.Zahl, teilt das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg mit.

Die statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben mit dem neuen Produkt Stadt.Land.Zahl (www.statistikportal.de/stadt-land-zahl) eine Anwendung entwickelt, mit der man auf regionaler Ebene deutschlandweit statistische Ergebnisse vergleichen kann.

Wichtige Kennzahlen auf einen Blick

Wesentliche Kennzahlen wie z. B. die Bevölkerungszahl, das Bruttoinlandsprodukt oder die Arbeitslosenquote sind für Kreise und kreisfreie Städte übersichtlich auf einer Seite abrufbar. Die Ergebnisse können direkt mit anderen Kreisen und kreisfreien Städten deutschlandweit verglichen werden. Ein Ranking hilft dabei, die eigene Region einzuordnen.

Nutzungsmöglichkeiten

Stadt.Land.Zahl bietet die Möglichkeit, die Ergebnisseite für die ausgewählte Region zu teilen und zu drucken. Diagramme lassen sich über die Downloadfunktion in verschiedene Dateiformate exportieren. Datenquelle ist die Regionaldatenbank Deutschland (www.regionalstatistik.de). Die Ergebnisse werden fortlaufend automatisiert aus dieser Datenbank aktualisiert. Alle in Stadt.Land.Zahl dargestellten Daten stehen dort auch zum kostenlosen Download zur Verfügung.

[Viel Platz in der Prignitz \(statistik-berlin-brandenburg.de\)](http://statistik-berlin-brandenburg.de)

„Pflege vor Ort gestalten“ – Anregungen für Kommunen in Brandenburg

Wie können Gemeinden, Ämter und Städte die Fördermittel einsetzen, die das Land Brandenburg für die Pflegestrukturen vor Ort zur Verfügung stellt? Dazu geben FAPIQ und das Kompetenzzentrum Demenz für das Land Brandenburg in der Broschüre praxisnahe Anregungen und Hinweise. „Pflege vor Ort“ ist eine Säule des „Pakt für Pflege“, den das Land Brandenburg am 23.12.2020 beschlossen hat. Ämter, Gemeinden und Städte sind direkt antragsberechtigt, um Mittel für niedrigschwellige Angebote im vorpflegerischen und pflegerischen Bereich zu beantragen. Mit den Maßnahmen sollen die Menschen mit (drohendem) Pflegebedarf und deren pflegende Angehörige unterstützt und ihnen soziale Teilhabe ermöglicht werden.

Link: [Broschüre Pflege vor Ort gestalten](#)

Erwartungen des Städte- und Gemeindebundes an den Pflegepakt

[Pflegepakt für Brandenburg: Erwartungen des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg: Städte- und Gemeindebund Brandenburg \(stgb-brandenburg.de\)](#)

Kommunaltag 2021- „Kommunalpolitik und Bundestagswahl“ Ergebnisse

Aus dem Workshop “Kommunalpolitik und Bundestagswahl” haben Stefan Schmidt und Anna Emmendorfer Inputs gegeben für die kommunale Ebene. Außerdem wurde eine Antragsammlung erstellt von Anträgen zum Klimaschutz, Bienenhaltestelle bis hin zu Lastenfahrrädern.

Alle Unterlagen findet ihr in dieser Wolke: <https://wolke.netzbegrueung.de/s/ZizDFEew98P9cnS>

Wer keinen Zugriff auf die Wolke hat, kann die Dateien in der Geschäftsstelle anfordern.